

Polenfragen, Friedensbedingungen im Herrenhaus

Sitzung vom 9. April.

Am Ministertisch von Breitenbach, Drews, v. d. Busche.

Das Haus, das gut besetzt ist, nahm nach der im gestrigen Abend-Matinee übergebenen Begrüßungsansprache des Präsidenten einen Gesetzentwurf an, wonach die Vorschriften über die Auflassung und die Vesteilung oder Uebertragung eines Erbbaurechts, die bisher nur für rheinische Grundstücke galten, auf alle Grundstücke der Monarchie ausgedehnt werden.

Der Gesetzentwurf betr. den Bau eines Dampfkraftwerks bei Hannover wird nach einem Bericht des Stadtdirektors Stramm-Hannover unverändert angenommen.

Grenzlicherung und Kriegsschädigung.

Zur Verhandlung steht dann die Denkschrift des Jahres 1917 über die Ausführung des Gesetzes betreffend die Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Polen.

Der Ausschuss schlägt vor, die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, dabei aber der zureichenden Erwartung Ausdruck zu geben, daß die königliche Staatsregierung, zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der folgerichtigen Durchführung der zur Förderung deutscher Ansiedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen gesetzlichen Vorschriften unter allen Umständen festzuhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreiches die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat.

Zu diesem Antrage des Ausschusses hat General v. Kleist einen Zusatzantrag gestellt, der von 25 Mitgliedern des Herrenhauses unterstützt ist, unter anderem von den Herren v. Herzberg, Dr. Hillebrand-Breslau, Graf York von Wartenburg, Graf von Behr-Böhrenhof. Der Antrag will an Stelle der letzten Zeilen des Ausschussantrages setzen: Auch wird mit allem Nachdruck dafür eingetreten sein, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellung der zukünftigen Grenzen des polnischen Königreiches die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverrückbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat. Die zu dieser militärischen Sicherung erforderlichen Mittel werden ebenso wie die zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die für den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau unter Schonung der Steuerkraft nötigen Mittel nur dann vorhanden sein, wenn bei den künftigen Friedensschlüssen eine ausreichende Kriegsschädigung ausbedungen wird.

Oberbürgermeister Körte-Königsberg

Berichtet über die Ausschussverhandlungen. Er erinnert daran, daß sich im Abgeordnetenhause an die Besprechung der Denkschrift eine allgemeine Erörterung der ganzen polnischen Frage geknüpft hat und gibt einen ausführlichen Ueberblick über die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses. Die Regierung wird aus diesen Verhandlungen hoffentlich entnommen haben, daß eine unklare Versöhnungspolitik den Polen gegenüber nicht angebracht ist.

Gegen die Friedensresolution des Reichstags.

Wir lehnen es ab, durch die Reichstagsresolution vom Juli 1917 wie durch einen aufgerichteten Gießelstein gebunden zu sein. (Lebhafte Bravo!) Die zunehmende Einsicht der bewußten Vertretung nationaler Interessen wächst in allen Kreisen des deutschen Volkes. Zahlreiche Zuschriften, auch aus Arbeiterkreisen von der Front, beweisen, daß man draußen kein Verständnis dafür hat, daß Landbestelle, die mit Strömen deutschen Blutes erkämpft sind, ohne weiteres wieder ausgegeben werden sollen. Die Unwissenheit Friedrichs des Großen: „Ein Krieg ohne den Erfolg, daß das besetzte Gebiet auch dem Sieger verbleibt, ist ein Unsinne“, sollte in immer größerer Maße vom deutschen Volke erkannt werden. Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei haben bereits in öffentlichen Versammlungen erklärt, daß die Reichstagsresolution jetzt nicht mehr maßgebend sein kann, und auch der „Vorwärts“ hat sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen, als er schrieb: „Im gegenwärtigen Moment kommt für Deutschland nichts anderes mehr in Frage, als der endgültige, kraftvolle deutsche Sieg!“ Wir müssen endlich von dem kleingläubigen Mangel an Vertrauen auf unsere eigene Kraft lassen. (Bravo!)

Es wird gesagt, wir dürften nicht neue Millionen Fremdnationalen dazu bekommen, denn wir könnten nicht kolonisieren. Welches Volk hat solche kolonialisatorische Erfolge zu verzeichnen wie wir, wo ist mit so viel Menschlichkeit gegen die Eingeborenen verfahren worden wie in den deutschen Kolonien? Wir werden auch in Zukunft mit Millionen neuer Polen fertig werden, wenn wir das tun, was uns Fürst Bülow beim Enteignungsgesetz als das erste und wichtigste Gebot der Polenpolitik vorgezeichnet hat, nämlich stetig festzuhalten in der Polenpolitik. (Sehr richtig!) Wenn wir eine von Kleinlichen Nadelstichen freie, aber stetige Polenpolitik verfolgen werden, dann werden wir auch kolonialisatorische Erfolge haben. (Fürst Bülow nicht zustimmend.)

In der Kommission ist auch die Frage einer Entschädigung für die unerhörten Opfer an deutschem Gut und Blut besprochen worden. Vieles hört man, es könne niemand eine Kriegsschädigung zahlen. Nun, mein Freund Stramm hat darauf hingewiesen, daß unsere Feinde uns noch vor ganz kurzer Zeit eine Kriegsschädigung von hundert Milliarden Mark zubilligten wollten. Soviel betragen die jährlichen Kriegskosten der Entente. Würde sie die Gewißheit haben, uns in drei Jahren besorgen zu können, so würde sie unweigerlich die 300 Milliarden zusammenbringen. (Sehr richtig!) Wenn wir heute mit so felsenfestem Vertrauen wie noch nie sagen können, daß wir in diesem Jahre der Feinde Herr zu werden hoffen, dann kann eine Forderung von hundert Milliarden nicht unbillig sein (sehr wahr), unsere Feinde machen dabei noch ein gutes Geschäft, denn sie sparen ja noch etwa 200 Milliarden. (Sehr richtig!) Nach unseren gewaltigen Verlusten und gegenüber den Wirtschaftskriegsabsichten der Feinde brauchen wir unbedingt eine große Kriegsschädigung, um uns wirtschaftlich wieder aufzurichten. Wir müssen auch Vorratslager an Getreide, Kaffee, Reis, Erzen für den Fall eines späteren Krieges anlegen. (Sehr richtig!)

Wir haben auch in diesem Krieg erfahren, was eine 650 km lange nicht verteidigungsfähige Grenze für uns bedeutet. Wohin wären wir gekommen, wenn die Russen in Oberschlesien eingebrochen wären? (Sehr wahr!) In der Kommission hat der Minister für Landwirtschaft erklärt, daß er der Entschädigung nur durch uns zustimmen könne und daß, soweit ihm bekannt, die Staatsregierung keine Beschlüsse gefaßt hat. Auch der Verdrückung dieser Gesichtspunkte bestanden hat. Auch gegen den Antrag von Kleist besteht kein Bedenken. Durch die Annahme dieser Anträge würden wir Ehre und Genugtuung dem hochverdienten allderehrten General Ludendorff, der heute seinen 53. Geburtstag begeht. (Beifall.) Ihn hat das deutsche Volk unendlich viel zu verdanken, sein Name ist aber im Zusammenhang mit der polnischen Grenz- und Königschöpfungsfrage (Heiterkeit) mißbraucht worden. Wir schulden diese Stellungnahme den vielen Tausenden, die ihr Blut in Polen vergossen haben, wir schulden sie unserm herrlichen Heer und unserem treuen deutschen Herrgott, der Preußens und Deutschlands Sache so sichtbar gesegnet hat. (Stimmlicher Beifall.)

General von Veit:

Da die Lösung der polnischen Frage nicht anders zustande kam, war es richtig, sie nach rein militärischen Gesichtspunkten zu erörtern. Hindenburg hat als Generalstabschef das Recht, bei der Regelung der Grenzlicherung mitzuwirken. Es handelt sich nur um einen schmalen Landstreifen. Der Redner begründete die Forderung nach einer Kriegsschädigung und andererseits die blinderische Presse, die viele ins Lager des Verräters Steigfrieds-Gestalt nicht halt gemacht habe.

Landwirtschaftsminister v. Eilenhard v. Rothe:

Die Regierung steht auf dem Boden der Erklärung des Ausschusses, und zwar nicht nur nach ihrem Wortlaut, sondern auch nach ihrer Tendenz. (Beifall.) Die historische Bedeutung der Ostmark darf nicht der Vergessenheit verfallen. Die Ostmark ist ein Schutzwall gegen das Eindringen fremder Mächte, und dieser Schutzwall muß dauernd auf seine Festigkeit hin geprüft werden. (Sehr richtig!) Ebenso müssen deutsche Kultur und deutsche Einrichtungen im Innern vor Bedrängnis geschützt und behütet werden. (Sehr richtig!) Gewiß kann zweifelhaft sein, ob der Schutz nach außen überhaupt der Zuständigkeit der preussischen Regierung unterliegt. Aber die Sicherung unserer Verhältnisse im Osten ist in erster Linie ein preussisches Interesse, und Preußen muß daher verlangen, daß vor allem das militärische Interesse als maßgebend erachtet wird. (Zustimmung.) Dabei muß der nicht zu unterschätzende Uebelstand mit in Kauf genommen werden, daß die Zahl der Polen in Preußen nicht unerheblich vermehrt wird, die es bisher immer noch nicht vermocht haben, ihr eigenes Wohl mit dem Wohl des Deutschen Reiches in Einklang zu bringen. Eins müssen wir aber unter allen Umständen verlangen, nämlich, daß die Vorbedingungen über den Frieden von Regierung zu Regierung gesichert werden. (Beif. Zustimmung!) Jegliche Privatsache, mögen es auch Parlamentarier sein, dürfen sich nicht einmischen, und ich weiß mich bei dieser Erklärung durchaus eins mit dem Herrn Reichstanzler. (Beifall.)

Ist der Schutz der äußeren Grenze eine Angelegenheit des Reiches, so ist der Schutz der deutschen Siedlungen eine rein preussische Angelegenheit. Deutsche und Polen sollen beieinander wohnen. In der letzten Zeit ist das Deutschtum langsam aber sicher in den Hintergrund gedrängt worden, der polnische Druck war zu stark. Kräftigung und Förderung des Deutschtums ist daher die erste Pflicht der Polenpolitik. Ganz naturgemäß wird die Förderung der einen Partei von der anderen als Benachteiligung oder Verletzung empfunden. Das ist nicht zu vermeiden, wohl aber ist zu vermeiden, daß Kampfmittel angewendet werden, die nur verletzen, die nicht mehr das Deutschtum fördern, sondern die wegen ihrer aufreizenden und verheerenden Wirkungen letzten Endes Wasser auf die Mühlen der polnischen Agitatoren liefern. Wir wollen den Gegner nicht vernichten, wir wollen ihn nur in Schranken halten. Das Ziel des Kampfes ist niemals der Kampf selbst, wir hoffen vielmehr auf einen Zustand, in dem Deutsche und Polen, wenn sie sich auch nicht lieben, so doch schließlich friedlich zusammenleben. Gegen diese Grundfrage wird man nichts einwenden können und nur bei ihrer Ueberführung in die Praxis können Meinungsverschiedenheiten auftreten. Die Regierung steht da auch heute noch auf dem Boden der Erklärung, die der Vizepräsident des Staatsministeriums im März v. J. abgegeben hat. Der Krieg hat alle Verhältnisse von Grund auf erschüttert. Das können wir auch in der Polenpolitik nicht ignorieren. Wir können den polnischen Kriegsbeschädigten nicht verweigern, sich in ihrer Heimat einen Besch zu gönnen. Auch Polen haben für den Bestand des Deutschen Reiches gebüht. Also müssen sich polnische Kriegsbeschädigte anstellen dürfen. Ein sie es einzeln, so unterliegt die Ansiedlung keiner Beschränkung, tun sie mehrere zusammen, so kann ihnen die Ansiedlung verweigert werden, wenn von ihr eine planmäßige Durchkreuzung des Ansiedlungswerkes zu befürchten ist. Die vaterländische Rücksichtnahme steht immer voran, das sei auch hier nochmals betont angesichts der — milde gesagt — reichlich selbstbewußten Haltung der polnischen Fraktion im Abgeordnetenhause. Die Formel für die praktische Polenpolitik lautet: weitere Stärkung des Deutschtums und, soweit damit vereinbar, vorsichtiges Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Polen. Die Ansiedlungskommission wird sofort nach Friedensschluß ihre Tätigkeit im alten Umfang wieder aufnehmen. Ob auch Polen, die nicht Kriegsbeschädigte sind, angesiedelt werden können, wird im Augenblick noch geprüft. Wird die Genehmigung erteilt, so erfolgt die Ansiedlung mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten. Den Enteignungsparagrafen hält die Regierung für eins der Mittel, das nur aufreizend und verwitternd wirkt. Sie schlägt daher seine Aufhebung vor. Man kann, zumal in der jetzigen Zeit, auf keinem Gebiet eine Politik für alle Zeiten festlegen. Ein Satz aber wird in der Polenpolitik immer zu gelten haben: der Schutz und die Stärkung des Deutschtums in der Ostmark. Die Ostmark muß innerlich und äußerlich deutsch bleiben, soll die Machtstellung des Reiches bestehen bleiben. Daran halten wir fest, weil wir wissen, welche Gefahren dieses Bollwerk des Reiches dauernd bedrohen. (Lebhafte Beifall.)

Graf York v. Wartenburg: Den ersten Teil der Erklärung des Ministers begrüßen wir mit Freude, besonders die Ueberweisung der Einmischung unverantwortlicher Ratgeber. Auf die Dankbarkeit der Polen ist nicht zu rechnen, das hat schon Bismarck gesagt. Die polnische Armee ist ausgeblieben, wohl aber werden jetzt in Bordeaux polnische Legionäre aus Chicago gelandet. Bezeichnend ist die Haltung der Polen im Innern. Sie zeichnen wenig Kriegsanleihe und man hört von ihnen keinerlei Lob Hindenburgs oder Ludendorffs. Bei den Polen ist mit einer Gefinnungsänderung nicht zu rechnen. Vom Hinsprechen der Friedenshand haben wir jetzt allmählich in jeder Beziehung genug. (Zustimmung.)

Dr. Graf v. Poladowlky:

Die Versprechungen und Hoffnungen auf künftige freiwillige Teilnahme der Polen haben sich nicht erfüllt, dagegen ist immer wieder Deutschfeindlichkeit hervorgerufen. Die Russenfreundlichkeit der polnischen Bauern ist die Folge der russischen Politik, die den Bauernstand unbedingt benutzte und ihn gegen die Großgrundbesitzer ausspielte. Was hat die preussische Verwaltung aus den verwahrlosten ehemals polnischen Landstellen wirtschaftlich gemacht? Politisch freilich hat sie die Gegenstände nicht auszugleichen vermocht. In dem Zwiespalt des preussischen Staatsgedankens und der polnischen Volksseele hat die Regierung ein wechselndes System verfolgt, es war ein ständiger Wechsel zwischen lose und fest. In den 25 Jahren, die ich in der Ostmark verbracht habe, habe ich ausgesprochene Systemwechsel erlebt. Nach meiner Meinung sollte konsequent mit sachlicher Gerechtigkeit vorgegangen werden. Die deutschen Grundbesitzer verstanden bis auf eine einzige Familie es nicht, den Besitz festzuhalten. Ein unständiges, sich nicht heimlich fühlendes Deutschtum stand einem fest geschlossenen und sich durchaus heimlich fühlenden Polentum gegenüber. Darum suchte man durch die Ansiedlung eine deutsche Unterschicht zu gründen. Es war ein verhängnisvoller Fehler, nur auf Zwangsversteigerungen freihändig zu kaufen; was die Preise so gewaltig steigerte, daß jede freie Einwanderung aufhören mußte.

Ich hätte angenommen, daß dieses Haus, von dem so viele Mitglieder ein dringendes Interesse daran haben, das Privateigentum gegen politische Angriffe unverzüglich zu erhalten, dem Enteignungsgesetz nicht zustimmen werde. Leider war ich im Auslande und konnte hier nicht dagegen sprechen; leider fand sich hier eine Mehrheit dafür. Als die Regierung das rein politische und unvollkommene Gesetz hatte, erschrak sie selbst davon. Man suchte sich über Older aus — nach meiner Erfahrung die schlechtesten — und dann: „Ruhe im Frieden.“ Abge dieses Beispiel nie Anlaß geben, gegen andere Kreise ebenso vorzugehen in den Zeiten, denen wir vielleicht entgegengehen! (Sehr gut!)

Der Pole lernt gern Deutsch. Der preussische Pole muß auch Deutsch lernen. Aber bei 80 bis 100 Schülern in der Klasse kann er es nicht lernen; dazu müssen die Schulbezirke verkleinert werden. Der Pole, der Deutsch kann, spricht es gern. Aber er germanisierend wirkt die Kenntnis der deutschen Sprache nicht. Man müßte ja die polnischen Abgeordneten fanatische deutsche sein. (Heiterkeit.) Am meisten erbittert hat der sehr bedenkliche Zwang zum Religionsunterricht in deutscher Sprache.

Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein:

Angesichts der Heldentaten im Westen muß alles andere zurücktreten. Von dem Ausgang dieser Kämpfe ist alles abhängig. Die Regierung hat die Grundlagen für das neue politische Reich zu früh festgelegt. Wir stehen vor einer fertigen Tatsache und müssen uns damit abfinden. Von der polnischen Seite aus haben die Stimmen der Ablehnung gegen Preußen die wenigen schlichteren Stimmen, die die Angehörigkeit zu ihm bekennt, überdient. Gerade in Polen waren die Rufe am lautesten. Wie soll man Ausnahmebestimmungen aufheben, wenn die Führer der polnischen Bewegung letzten Endes die Herrschaft über die Monarchie fordern. Die Polen haben die große Stunde, die für sie geschlagen hat, nicht benutzt. Unter Ansiedlungswerk muß weitergeführt werden. Mit fester Hand muß eingegriffen werden, aber mit Gleichgültigkeit. In dieser Kunst hat es bei uns oft gefehlt. Wenn dieses Herrenhaus nicht mehr sein wird, dann werden hoffentlich noch Männer hier stehen, die in der Aufrechterhaltung des Parteilobens nicht das Höchste erblicken, sondern in der Erfordernissen des Staates und in dem Wohle der Allgemeinheit. Die Reichstagsmehrheit hat eine Formel geprägt, die dem Wortschatz der internationalen Sozialdemokratie und des Herrn Wilson entnommen ist. Sozialdemokratie, freisinnige, Nationalliberal und Zentrumselemente haben ihren eigenen Standpunkt hineingelegt. Unsere Regierung hat die Formel in Best anzuwenden versucht — und endlose theoretische Verhandlungen heraufbeschworen. Die Verhältnisse sind über diese zu Ende geführte Formel hinweggeschritten. Die Weltgeschichte läßt sich eben nicht in eine Formel bringen. Die Regierung befindet sich völlig im Banne der Sozialdemokratie.

Graf Soltowki weist die Angriffe gegen die Polen zurück. Leider wurde zu den Ausschussberatungen kein Pole zugezogen. Die Angriffe gegen die Polen bauen sich auf unkontrollierbare Einzelfälle auf. Wann haben die Polen Hochverrat gelebt, den Soldateneid verweigert, die Mobilisation gestört? Wo haben die Polen Preußens Entwicklung behindert? Sind die deutschen Truppen im königlich polnischen Reich nicht freundlich empfangen worden? Haben sich die polnischen Gewerkschaften nicht gegen den Streik ausgesprochen? Zufriedenheit und Begeisterung kann man nicht fordern. Ohne Gleichberechtigung keine Zufriedenheit. Unsere Pflichten haben wir immer erfüllt. Die Anträge dienen nicht der Verständigung mit den Polen, wir lehnen sie ab.

Fürst Druck-Lubecki: Hindenburg und Ludendorff gebührt Polens Dank. Deutschland und Polen haben gemeinsam die europäische Kultur gegen die russische Anarchie und Agrarrevolution zu verteidigen. Die polnische Gefahr ist ein Mythos. Die Reden der polnischen Abgeordneten mißbillige ich als lokalpreussischer Staatsbürger, besonders aber als Pole und Gegner einer selbstmörderischen polnischen Politik, und mit mir tut das ein großer Teil der Polen und ihre meistverbreitete Presse. Die Deutschfeindlichkeit wurde erzeugt durch die Ausnahmegesetze, die gerade die Loyalisten treffen und den Feinden zutreiben.

von Heibredt: Die unauflöslige Verbindung der Ostmark mit dem Gesamtstaat ist dessen Lebensinteresse, ebenso die Ueberhaltung der öffentlichen Einrichtungen.

Auf Antrag des Oberbürgermeisters Wetmuth, Berlin, verlagte sich das Haus.

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung der Ansiedlungsentwürfe, ferner Vorlagen über die Vereinfachung der Verwaltung, kleine Vorlagen.

Der Präsident teilt mit, daß im Anschluß an diese Sitzung eine geheime Sitzung des Herrenhauses stattfinden wird, und zwar zur Beschließung über einen auf Grund des § 9 u. a. gestellten Antrages (Ausschließung von Mitgliedern.)

Schluß 7 Uhr.